

**Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner
42. Plenarsitzung am 26. August 2009 zu TOP 1 a:
Aktuelle Stunde der Fraktion Die Linke, Drs. 16/1488,
„Neofaschismus in Niedersachsen – Landesregierung
muss endlich aufwachen und handeln“**

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Neonazis haben in den letzten Monaten in Niedersachsen immer dreistere Aktionen unternommen. Ich möchte nur noch einmal an den sogenannten „Trauermarsch“ von ca. 500 Neonazis am 01. August vor in Bad Nenndorf erinnern.

Meine Damen und Herren, am 17. Juli besetzten Rechtsextremisten das ehemalige Hotel Gerhus in Faßberg.

Es ist der Zivilcourage von Bürgerinnen und Bürgern aus vielen gesellschaftlichen Gruppen zu verdanken, dass Gegendemonstrationen und Mahnwachen stattfanden.

Dadurch wurde ein Zeichen gegen Rechts und für Toleranz und Vielfalt gesetzt.

Meine Damen und Herren, wir fordern die Landesregierung auf, konsequenter gegen Rechtsextremismus vorzugehen und die rechte Szene in Niedersachsen nicht zu verharmlosen.

Für den 12. September hat die NPD zu einem Demonstrationmarsch mit Kundgebung in Hannover aufgerufen.

Dies, meine Damen und Herren, dürfen wir uns nicht bieten lassen.

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover hat einstimmig einen Dringlichkeitsantrag verabschiedet, indem sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesprochen wird.

Die Stadtgesellschaft der Landeshauptstadt Hannover ist geprägt von einem Zusammenleben in Toleranz und Demokratie. Hannover ist eine weltoffene Stadt – und soll es auch bleiben, meine Damen und Herren.

Es wird allerhöchste Zeit, dass Sie, Herr Minister Schünemann, endlich zur Kenntnis nehmen, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie ist und in aller Konsequenz bekämpft werden muss.

Angesichts dieser neuen Provokationen ist es nahezu lächerlich und skandalös, dass Sie weiterhin krampfhaft versuchen, die Bedrohung unserer Demokratie durch Rechtsextremismus mit Hinweis auf linksextremistische Aktivitäten zu relativieren.

Sie wissen genau, dass eine Gleichsetzung falsch ist, weil die Ursachen sehr unterschiedlich sind.

Herr Innenminister, ich erinnere nochmals an die Debatten zu unserem Antrag vom November 2008. Wir haben Ihnen ein Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus vorgelegt und ein Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus gefordert.

Wir haben unser Aktionsprogramm vorgelegt, weil eine neue wissenschaftliche Untersuchung, zum Ergebnis kam, dass in allen Schichten und Altersgruppen unserer Gesellschaft eine Verfestigung menschenfeindlicher Einstellungsmuster stattgefunden hat. Diese richten sich gegen Schwächere in unserer Gesellschaft richten und reichen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein.

In unserer Gesellschaft werden von den Rechten neben ausländerfeindlichen und antisemitischen Parolen auch verstärkt muslimfeindliche Stimmungen aufgegriffen.

Der Islam ist ebenso wie andere Religionen, eine facetten- und auslegungsreiche Glaubensrichtung. Die übergroße Mehrheit der Muslime in Deutschland steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes.

Menschenrechtsbildung muss in den Vordergrund gestellt werden.

Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen von der Einsicht geleitet werden, dass es sich primär um ein politisches und gesellschaftliches Problem handelt.

Deshalb müssen Maßnahmen gegen Rechts auf Stetigkeit ausgerichtet sein müssen.

Und darin, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, versagen sie mit ihrem Ansatz.

Auch der aktuelle Vorstoß des Justizministers Herrn Busemann, ändert nichts an der Tatsache, dass die Landesregierung nur „Flickwerk von Maßnahmen gegen Rechts“ initiiert hat, während wir von Ihnen ein umfassendes und interdisziplinäres Handlungskonzept fordern, und es Ihnen auch bereits vorgelegt haben.

Anrede, ich wiederhole noch einmal:

Notwendig ist ein integratives Konzept, das nicht nur repressive sondern auch sozial-, bildungs- und integrationspolitische Maßnahmen einschließt und das darüber hinaus zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten ermuntert und diese unterstützt.

Daneben ist für die SPD-Fraktion die entschlossene Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zwingend notwendig.

Herr Minister Schönemann, wir wissen, dass die Hürden für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren nach dem Scheitern im März 2003 hoch sind. Und wir wissen auch, dass durch ein Verbot der NPD nicht die Ursachen des Rechtsextremismus beseitigt sind.

Aber wir sollten als Demokratinnen und Demokraten alles daran setzen, dass ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD eingeleitet wird. Die Innenminister der SPD in den Bundesländer haben dazu ihren Beitrag geleistet.

Herr Innenminister Schönemann, verschließen Sie nicht weiterhin die Augen vor den Gefahren des Rechtsextremismus, sondern handeln Sie endlich, indem Sie das Handlungskonzept der SPD-Landtagsfraktion aufgreifen und umsetzen und Sie sich endlich für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren einsetzen.